



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 21.11.2024
C(2024) 7992 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2024

über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2024 für die Bevölkerung Myanmar

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2024

über die Finanzierung der Sondermaßnahme 2024 für die Bevölkerung Myanmars

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2024 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absätze 1 und 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Sondermaßnahme 2024 für die Bevölkerung Myanmars gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm für 2024 gemäß Artikel 110 Absatz 2 der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) darstellt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Mit der Machtübernahme durch das Militär am 1. Februar 2021 wurde der demokratische und sozioökonomische Wandel in Myanmar abrupt zum Stillstand gebracht und das Land wieder unter Militärherrschaft gestellt. In den Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 22. Februar 2021 (Dok. Nr. 6287/21) wird gefordert, die Militärregierung nicht zu legitimieren und gleichzeitig die Bevölkerung Myanmars, insbesondere die vulnerabelsten Gruppen, weiterhin zu unterstützen. Unter diesen unvorhergesehenen Umständen ist es nicht möglich, mit der Militärregierung ein Mehrjahresrichtprogramm zu vereinbaren, und in Ermangelung alternativer Finanzierungsquellen ist eine Sondermaßnahme erforderlich, um Unterstützung für die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig eine direkte oder indirekte Unterstützung der staatlichen Systeme und Strukturen zu vermeiden.

¹ ABl. L 239, 26.9.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/2509/oj>.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

- (4) Die Maßnahme, die im Rahmen des geografischen Programms „Asien und pazifischer Raum“ der Verordnung (EU) 2021/947 finanziert wird, zielt darauf ab, den gleichberechtigten Zugang zur Justiz und den Schutz der Grundrechte für vulnerable Gruppen zu verbessern, die Qualität der Bildung zu steigern sowie eine stärkere Angleichung der Lehrpläne und die Förderung von Kernkompetenzen in allen Systemen der Bildungsbehörden und -anbieter in Gebieten mit ethnischen Minderheiten zu erreichen.
- (5) Die Maßnahme „Schutz des Zugangs zur Justiz und zu Grundrechten für vulnerable Gruppen in Myanmar“ zielt darauf ab, die Grundlagen einer auf Rechtsstaatlichkeit beruhenden Gesellschaft zu stärken und für vulnerable Gruppen, die von Konflikten betroffen sind, den gleichberechtigten Zugang zur Justiz und zu grundlegenden Menschenrechten zu verbessern.
- (6) Die Maßnahme „Unterstützung des Bildungsangebots in Gebieten mit ethnischen Minderheiten“ zielt darauf ab, die Qualität der Bildung zu verbessern und eine stärkere Angleichung der Lehrpläne sowie die Förderung von Kernkompetenzen in allen Systemen der Bildungsbehörden und -anbieter in Gebieten mit ethnischen Minderheiten zu erreichen.
- (7) Es ist erforderlich, dass die Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und die Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen im Einklang mit Artikel 198 Buchstaben a und f der Haushaltsordnung festgelegt werden.
- (8) Gemäß Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung und Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 sind die in den Anhängen dargelegten Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (9) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 157 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 157 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁴ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 157 Absatz 5 dieser Verordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (10) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (11) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten die Änderungen festgelegt werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (12) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme entspricht der Stellungnahme des Ausschusses nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 —

⁴ Außer in Fällen gemäß Artikel 157 Absatz 7 der Haushaltsordnung, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

Artikel 1
Die Maßnahme

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die jährliche Maßnahme zur Durchführung der in den Anhängen dargelegten Sondermaßnahme für die Bevölkerung Myanmars für das Jahr 2024 darstellt, wird angenommen.

Die Maßnahme umfasst:

- a) „Schutz des Zugangs zur Justiz und zu Grundrechten für vulnerable Gruppen in Myanmar“ dargelegt in Anhang I;
- b) „Unterstützung des Bildungsangebots in Gebieten mit ethnischen Minderheiten“ dargelegt in Anhang II.

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme für das Jahr 2024 beläuft sich auf 37 000 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 02 01 31 – Süd- und Ostasien – des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Mit der Umsetzung der in den Anhängen dargelegten Maßnahmen, bei denen die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, können Stellen oder Personen betraut werden, die unter Nummer 4.3.1 von Anhang I und unter Nummer 4.3.3 von Anhang II genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen⁵ der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

⁵ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

Artikel 5
Finanzhilfen

Finanzhilfen können gemäß den in den Anhängen dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den in den Anhängen genannten und nach den Kriterien gemäß Nummer 4.3.2 des Anhangs I und Nummer 4.3.1 des Anhangs II ausgewählten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 21.11.2024

Für die Kommission
Jutta URPIAINEN
Mitglied der Kommission